

Beiträge zum Beamtenrecht

Band 6

Die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums in den neuen Ländern

Von

Wito Schwanengel



Duncker & Humblot · Berlin

WITO SCHWANENGEL

Die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums
in den neuen Ländern

Beiträge zum Beamtenrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. Detlef Merten und Prof. Dr. Helmut Lecheler

Band 6

Die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums in den neuen Ländern

Von

Wito Schwanengel



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schwanengel, Wito:

Die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums in den neuen
Ländern / von Wito Schwanengel. – Berlin : Duncker und
Humblot, 1999

(Beiträge zum Beamtenrecht ; Bd. 6)

Zugl.: Speyer, Hochsch. für Verwaltungswiss., Diss., 1998

ISBN 3-428-09663-0

Alle Rechte vorbehalten

© 1999 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0940-676X

ISBN 3-428-09663-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

**Meinen Eltern
in Liebe und Dankbarkeit**

Vorwort

Das Berufsbeamtentum ist Gegenstand des Verfassungsrechts, das sein Leitbild aus den hergebrachten Grundsätzen entwickelt. Dabei rechtfertigt es sich nicht aus der Tradition, sondern aus seiner Funktion im modernen Verfassungsstaat. Die Grundsätze der pluralistischen Demokratie, des republikanischen Amtes, der Gewaltentrennung und der Rechtsstaatlichkeit erfordern das Beamtentum als Garant für die Legalität und Neutralität der Verwaltung. Die Legitimationskrisen in die das Beamtentum immer wieder geraten ist, mögen aus unterschiedlichen Quellen gespeist sein. Wie sehr aber das Schicksal des Staatsdienstes vom Schicksal des Staates abhängt, dem der Beamte dient, zeigt nicht zuletzt die Beseitigung des Berufsbeamtentums in der ehemaligen DDR. Auch die einigungsveranlaßten Übergangsregelungen belegen die staatsgrundsätzliche Bedeutung, die einem unabhängigen, auf Sachwissen und fachlicher Leistung beruhenden Amtsträger für die effektive Realisierung des Verfassungsgebots der gesetzgebundenen Verwaltung zukommt. Diesem Thema widmet sich die vorliegende Arbeit. Sie enthält einerseits einen Rückblick auf das Staatsbedienstetenverhältnis in der DDR und beschäftigt sich andererseits mit den Vorgaben des Einigungsvertrages und den diese Vorgaben ausfüllenden Normen zur Gestaltung des Beamtenrechts in den neuen Ländern.

Die Arbeit entstand während meiner Abordnung von der Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung an das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Der Hochschule lag die Untersuchung Ende 1997 als Dissertation vor und wurde mit dem Rigorosum im Juli 1998 abgeschlossen. Für die Drucklegung wurden, ohne größere Eingriffe in den Text, substantielle Änderungen der Rechtslage und neuere Entwicklungen durch entsprechende Hinweise in den Fußnoten berücksichtigt.

Meinem akademischen Lehrer, Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. *Detlef Merten*, bin ich für die Betreuung der Dissertation und die mir zuteil gewordene steti-ge Förderung zu bleibendem Dank verpflichtet. Sowohl wissenschaftlich als auch menschlich war diese Zusammenarbeit eine große Bereicherung. Er verstand es, mein Urteilsvermögen für staats- und verwaltungsrechtliche Fragen zu schärfen und mir durch seine konstruktiven Hinweise Einsichten zu vermitteln, ohne die meine Arbeit nicht die vorliegende Gestalt erhalten hätte. Herzlichen Dank schulde ich auch Herrn Univ.-Prof. Dr. *Willi Blümel*, der nicht nur das Zweitgutachten übernahm, sondern meine ersten Erfahrungen